

Presseinformation

Wiesbaden, 3. Februar 2023

Sozial- und Integrationsminister Klose: Schutz vor weiblicher Genitalverstümmelung verbessern, Rechte von Frauen und Kindern stärken

„Weibliche Genitalverstümmelung (female genital mutilation - FGM) ist ein massiver Eingriff in die körperliche und psychische Unversehrtheit von Mädchen und Frauen und eine schwere Menschenrechtsverletzung“, stellt Sozial- und Integrationsminister Kai Klose anlässlich des Internationalen Tags gegen weibliche Genitalverstümmelung am 6. Februar 2023 fest. Weibliche Genitalverstümmelung sei Ausdruck weltweit verbreiteter Diskriminierung und Gewalt gegen das weibliche Geschlecht – deshalb werde die Landesregierung weiter daran arbeiten, ein stärkeres gesellschaftliches Bewusstsein für dieses Problem zu schaffen: „Wir wollen noch stärker auf das Thema aufmerksam machen und vor allem das Umfeld der betroffenen Mädchen und Frauen erreichen, um aktive Aufklärungsarbeit zu leisten“, sagt Minister Klose.

Damit Mädchen und Frauen umfassend vor weiblicher Genitalverstümmelung geschützt werden, fördert das Hessische Ministerium für Soziales und Integration seit 2018 *Hessen engagiert gegen FGM*, ein Projekt von *profamilia*, mit dem Vernetzung und Qualifizierung von medizinischen Fachkräften bereits erfolgreich vertieft und verbessert werden konnten. Ein Schwerpunkt im Jahr 2023 ist die ärztliche Videosprechstunde, die Betroffenen niedrigschwellige anonyme und kostenfreie Beratung mit qualifizierten Ärztinnen ermöglicht. Ergänzend werden in Videosprechstunden auch Mediziner*innen und Fachkräfte verschiedener Berufsfelder von den erfahrenen Ärztinnen beraten – etwa in kultursensibler Ansprache und Behandlung, der Erstellung von Gutachten für Asylverfahren oder zu weiteren Anlaufstellen.

Erreicht werden soll außerdem die Integration des Themas FGM in Lehrpläne im Rahmen der Ausbildung von medizinischem Personal sowie in den Aufklärungsunterricht an Schulen. Im Rahmen einer Delegationsreise fand am 10. November 2022 im Hessischen Landtag ein Austausch von rund 20 Vertreter*innen aus Äthiopien, Sudan und Somalia – Ländern, in denen FGM praktiziert wird, es aber intensive Bestrebungen gibt, diese zu überwinden – mit Projektbeteiligten von „Hessen engagiert gegen FGM“ statt. Dabei wurde die Rolle der Diaspora in Deutschland zur Unterstützung der Bemühungen in den ostafrikanischen Ländern, aber auch die Problematik der sogenannten Ferienbeschneidung bei Reisen in die Herkunftsländer thematisiert. Dabei spielt der von der Bundesregierung im Jahr 2021 herausgegebene [Schutzbrief](#) vor Genitalverstümmelung eine wichtige Rolle, dessen Entstehung Hessen im Rahmen der Bund-Länder-NGO-Arbeitsgruppe zur wirksamen Bekämpfung der weiblichen Genitalverstümmelung unterstützt hat.

Seit 2021 fördert das Land zusätzlich ein Projekt der Organisation *FIM – Frauenrecht ist Menschenrecht e. V.* zur Unterstützung von Opfern weiblicher Genitalverstümmelung. Dessen zentrales Anliegen ist, von FGM betroffene Mädchen und Frauen kultursensibel aufzuklären, das Thema zu enttabuisieren und Mädchen und Frauen vor einer Beschneidung zu schützen. „Wir danken den hier engagierten Fachkräften für ihre Arbeit. Beide Projekte ergänzen sich und tragen ganz wesentlich zur Verbesserung des Schutzes vor weiblicher Genitalverstümmelung und der Versorgungslage in Hessen bei“, so Minister Klose.

Mehrsprachige Informationen für betroffene Frauen und Mädchen und Fachpersonal stehen auf www.fgmhessen.de zur Verfügung.

Sie finden unser Ministerium auf folgenden Kanälen:

